

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

05. März – 11. April 2025

Am Sonntag, dem 6. April, versammelten sich laut Polizei 7.000 Menschen in Paris, um die Fraktionsvorsitzende des *Rassemblement National*, Marine Le Pen zu unterstützen, die letzte Woche wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder verurteilt worden ist. In ihrer Rede vor den Unterstützern sprach sie von einer „Hexenjagd“, verglich ihren Kampf mit dem von Martin Luther King und warf der Justiz vor, den Rechtsstaat und die Demokratie zu verletzen. Gleichzeitig organisierte die linkspopulistische *La France Insoumise* mit den Grünen eine Gegendemonstration mit laut Polizeiangaben 3.000 Teilnehmern. Ziel war es, die Unabhängigkeit der Justiz zu verteidigen. Parallel dazu organisierte der ehemalige Premierminister Gabriel Attal das erste große Parteitreffen der Präsidentenpartei *Renaissance*, dessen Vorsitzender er nun ist, in Saint-Denis. In seiner Rede adressierte er an Le Pen: „Wer stiehlt, muss zahlen – besonders als Politiker.“ Zudem verurteilte er die Unterstützung ausländischer Staatsoberhäupter wie Trump, Putin und Orbán für Marine Le Pen als „beispiellose Einmischung“ und bezeichnete das *Rassemblement National* als „Groupie des Trumpismus“. Attal warf der Partei außerdem Doppelmoral vor: Sie fordere Härte für alle, nur nicht für sich selbst.

Der französische Präsident Emmanuel Macron bezeichnet die 90-tägige Aussetzung neuer US-Zölle durch Donald Trump als ein „fragiles Signal“ und eine „offene Tür für Verhandlungen“. Er fordert Europa auf, alle verfügbaren Mittel zu mobilisieren, um sich zu schützen. Trotz der Aussetzung der Zölle durch Trump bleibt ein Basiszollsatz von 10 % bestehen und Produkte wie Stahl, Aluminium und Autos werden weiterhin mit einem Zollsatz von 25 % belegt - ein Volumen von € 52 Milliarden für die EU. Brüssel reagierte mit einer eigenen 90-tägigen Pause, aber Macron betonte, Europa müsse entschlossen bleiben und sich gegen mögliche Umleitungen von Waren, etwa aus China, schützen. Auch Landwirtschaftsministerin Annie Genevard spricht von einem „fragilen, aber willkommenen Schritt zur Deeskalation“, warnt aber vor möglichen massiven Verlusten für Wein, Spirituosen und Milchprodukte.

Emmanuel Macron kündigte an, dass Frankreich im Juni einen palästinensischen Staat anerkennen könnte. Dies soll im Rahmen einer internationalen Konferenz in New York geschehen, die gemeinsam mit Saudi-Arabien organisiert wird und auch die gegenseitige Anerkennung Israels durch mehrere Länder zum Ziel hat. Macron betonte, dass diese Anerkennung Teil einer kollektiven Dynamik sei, die eine Zwei-Staaten-Lösung fördern und gleichzeitig das Existenzrecht Israels stärken soll. Macron unterstützt zudem den von Ägypten initiierten arabischen Plan zur Wiederaufbau Gazas ohne Bevölkerungsverschiebung und ohne Beteiligung der Hamas. Er betonte außerdem, dass der Fokus jetzt auf politischen Lösungen liegen müsse.

Die Chemiefabrik Vencorex, bei Grenoble, wird vom chinesischen Konzern Wanhua über dessen ungarische Tochtergesellschaft BorsodChem übernommen, wie das Handelsgericht Lyon am 10. April entschieden hat. Lediglich etwa 50 der 300 Arbeitsplätze sollen erhalten bleiben. Ein konkurrierendes Übernahmeangebot in Form einer von Mitarbeitenden und lokalen Gebietskörperschaften initiierten Kooperative wurde vom Gericht als unzulässig eingestuft, da die erforderlichen Finanzierungsmittel nicht gesichert waren. Die Entscheidung sorgt bei Gewerkschaften und politischen Verantwortlichen für Besorgnis hinsichtlich möglicher Kettenreaktionen in der gesamten „Chemietal“-Region, in der rund 6.000 Menschen beschäftigt sind. Die Fabrik, die hochreines Salz produziert, spielt eine strategische Rolle für Frankreichs Atom- und Raumfahrtindustrie, da sie unter anderem für die Produktion von M51-Atomraketen und Ariane-6-Raketen unverzichtbar ist.

Laurent Wauquiez, Fraktionsvorsitzender der *Républicains*, sorgt mit seinem Vorschlag, Ausreisepflichtige in ein Auffanglager auf das französische Überseegebiet Saint-Pierre und Miquelon zu schicken, für Diskussionen. Die Verpflichtung zum Verlassen des französischen Staatsgebiets (OQTF) betrifft Ausländer, deren Antrag auf Erteilung oder Verlängerung einer Aufenthaltsgenehmigung von der Präfektur abgelehnt wurde oder die nach einer Festnahme ausgewiesen werden sollen. Wauquiez hatte vorgeschlagen, betroffene „gefährliche“ Personen in den französischen Archipel, auszuweisen. Das Überseegebiet gehört nicht zum Schengen-Raum und hat ihre eigenen Ein- und Ausreisebestimmungen, was Wauquiez zufolge eine Auslagerung rechtlich möglich machen könnte. Der Vorschlag stieß parteiübergreifend auf Kritik. Marine Le Pen sagte dazu, Ausreisepflichtige gehörten in ihr

Herkunftsland, sicher nicht auf französisches Territorium. Wauquiez verteidigte seinen Vorschlag als notwendigen Tabubruch und verwies auf eine „demographische Realität“. Wauquiez begründete seinen Vorschlag auch mit parteipolitischen Motiven, da er sich am 17. Mai bei der Wahl zum Parteivorsitz der *Républicains* gegen Bruno Retailleau durchsetzen will.

Am 9. April verabschiedete die Nationalversammlung eine Reform der Kommunalwahlen in Paris, Lyon und Marseille, die künftig zwei getrennte Abstimmungen vorsieht : eine für die Bezirke, eine für den Stadtrat.

Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, das 1982 eingeführte Wahlverfahren abzuschaffen, bei dem derzeit in Paris, Lyon und Marseille in jedem Bezirk eine Liste von Ratsmitgliedern gewählt wird deren Spitzen dann auch automatisch im Stadtrat sitzen. Das Wahlsystem ist umstritten, da es zur Wahl eines Bürgermeisters oder einer Bürgermeisterin führen kann, ohne dass dieser oder diese die meisten Stimmen erlangt hat. Eine Wahl kann somit durch wenige Schlüsselbezirke entschieden werden. Der Entwurf wurde von der Regierungsmehrheit, den *Républicains*, dem *Rassemblement National* und *La France Insoumise* unterstützt. Andere linke Parteien stimmten dagegen, *Horizons* enthielt sich. Im Senat wird mit Widerstand von *Républicains* und *Sozialisten* gerechnet.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Der französische **Senat** hat Mitte der Woche einen Änderungsantrag der Sozialisten und Grünen, der die „Anomalie“ der Stimmrechtsübertragung beenden sollte, abgelehnt. Damit bleibt es im Senat bei der Möglichkeit der öffentlichen Abstimmung (neben der Abstimmung per Handzeichen). Bei der öffentlichen Abstimmung, die elektronisch durchgeführt wird, ist ein Senator berechtigt, für alle Mitglieder seiner Fraktion zu stimmen. Laut der sozialistischen Senatorin de la Gontrie verstößt diese Stimmrechtsübertragung gegen Artikel 27 der Verfassung, in dem es heißt, dass „das Stimmrecht der Mitglieder des Parlaments persönlich ist“ und dass „niemand mehr als ein Mandat übertragen bekommen kann“. Darüber hinaus biete diese Abstimmungsweise keine Spannung hinsichtlich der Entscheidungen des Senats, der von der *Républicains*-Fraktion (130 von 348 Sitzen) dominiert wird. In dessen Fraktion wird der Vorteil dieses Wahlverfahrens betont, da sich jeder Senator (anwesend oder nicht) zur Abstimmung positionieren muss. In der Nationalversammlung ist dies nicht der Fall: sind die Abgeordneten nicht anwesend müssen sie auch nicht abstimmen. Die Praxis der öffentlichen Abstimmung wurde dort 1993 abgeschafft. Sozialisten und Grüne planen nun vor das Verfassungsgericht zu gehen.

DIE ZAHL DER WOCHE

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0
1			

41 Millionen

Frankreich zählt für das Jahr 2023 **41 Millionen** Steuerhaushalte. Damit ist die Zahl der Steuerhaushalte um fast 500.000 gestiegen. Weniger als die Hälfte davon haben die eingenommenen Einkommenssteuern in Höhe von € 83 Milliarden bezahlt, während es 2022 € 82,1 Milliarden waren. Der Anteil der Einkommensteuer, der von den reichsten 10 % gezahlt wird, bleibt dagegen mit 76 % gegenüber 2022 unverändert. Im Durchschnitt zahlten diese wohlhabendsten Steuerhaushalte € 15.298 an Einkommensteuer, was 14,1 % ihres erklärten Einkommens unter Berücksichtigung von Steuererleichterungen und -gutschriften entspricht.